

Wie bekommen wir mehr zu essen?

Die nachstehenden Ausführungen geben wir in der Absicht wieder, die darin niedergelegten Anschauungen zur Erörterung zu stellen, ohne uns mit ihnen zu identifizieren. Die Red.

Heute besteht wohl kein Zweifel mehr darüber, daß die staatliche Wirtschaft mit ihren tief unter dem wirklichen Wert der Ware stehenden Höchstpreisen und ihrer zwangsläufigen Verteilung die Produktion der wichtigsten Lebensmittel immer mehr und mehr verringerte, die Ablieferung für den Konsum zum Aufhören brachte und die Versorgung der Bevölkerung unterbindet.

Von gewisser Seite wird, da die Unrichtigkeit des Prinzips nicht mehr bestritten werden kann, die Verbetätigung dieser Zwangswirtschaft damit entschuldigend oder verständlich gemacht, daß man irgendwo sagt: „Deutschösterreich hat sich in Friedenszeiten nicht ernähren können, war auf große Zuschüsse von außen angewiesen und ist auch fernerhin von solchen abhängig. Es hat daher keinen Zweck, wenn man die Preise zum Beispiel für landwirtschaftliche Produkte erhöht, denn auch dann wird es nicht möglich sein, die eigene Bevölkerung zu ernähren. Die einzige Folge einer solchen Erhöhung würde nun die sein, daß das Volk mehr zu zahlen hat.“ Diese Argumentation ist unrichtig. Deutschösterreich war in Friedenszeiten auf Zuschüsse von außen angewiesen, aber nur deswegen, weil der Friedenskonsum ein Vielfaches von dem betrug, was zur Ernährung unbedingt nötig ist. In Friedenszeiten wurden landwirtschaftliche Erzeugnisse zur Bierbrauerei, zur Erzeugung von Kaffeesurrogaten, zur Branntweimbrennerei und zu einer Menge anderer Artikel verwendet, die man als Luxusartikel bezeichnen kann, ja ein Teil des Getreides ging sogar in seiner ursprünglichen oder in umgearbeiteter Form in andre Länder. In Nieder- und Oberösterreich allein wurde nach dem zehnjährigen Durchschnitt vor dem Kriege soviel Weizen und Korn (ohne Mais und Hafer) gebaut, daß auf den Kopf der Bevölkerung pro Jahr 114 Kilogramm entfielen, währenddem die Produktion in ganz Oesterreich eine Kopfquote von 115 Kilogramm ergab. Man sieht, daß bei einiger Einschränkung der Durchschnittsertrag genügt hätte, um die Bevölkerung mit Brotgetreide zu versorgen.

Aber selbst wenn diese Quote zu knapp wäre, oder gerade deswegen, müssen die niedrigen Höchstpreise schädlich wirken. Wenn die Produktion nicht genügte, so hätte sie gesteigert werden müssen. Jeder landwirtschaftliche Fachmann weiß, daß man unsre Produktion an Brotgetreide in Deutschösterreich mindestens um 50 Prozent hätte steigern können. Dazu wären aber andre Maßregeln notwendig gewesen als diejenigen der staatlichen Zwangswirtschaft. Man hätte das tun müssen, was England und Amerika tat, nämlich den Landwirten anstatt niedrige Maximalpreise vorzuschreiben, hohe Minimalpreise zu gewährleisten. In England hat man dies getan und die Garantie auf fünf Jahre nach dem Kriegsende erstreckt. Die Folge war, daß sich die landwirtschaftliche Produktion in England innerhalb von drei Jahren auf das Vierfache des Friedensertrages erhöhte. In Amerika brachten ähnliche Maßregeln eine solche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zustande, daß im Jahre 1917/18 Reformernten zu verzeichnen waren, wie man sie vor dem Kriege niemals für möglich gehalten hätte.

Unsere Bauern wird heute noch 80 K. für Weizen bezahlt, währenddem der Weltmarktpreis ungefähr 320 K. beträgt. In letzter Zeit hat man sich entschlossen, auf den Preis von 80 K. noch eine Prämie zu gewähren, so daß sich dieser auf 100 bis 110 K. stellt. Auch dieser Preis ist viel zu gering, um einen Anreiz zu gewähren. Wenn heute behauptet wird, daß das ausländische Getreide nur deswegen so hoch kommt, weil unsere Valuta im Ausland schlecht steht, daß uns die ausländische Notierung unserer Valuta nichts angeht, daß im Inland die Krone noch immer eine Krone ist, so sind derartige Behauptungen natürlich ganz falsch. Unsere Krone ist infolge der ungeheuren Vermehrung der Banknotenzirkulation nicht mehr eine Krone, sondern nur einen kleinen Bruchteil derselben wert. Dabei muß man aber noch bedenken, daß auch alle ausländischen Valuten in ihrer Kaufkraft zurückgegangen sind, auch die englische. In England ist heute alles doppelt, dreifach und vierfach so teuer wie im Frieden. Gegenüber der englischen Valuta ist nun unsere auf ein Fünftel ihres früheren Wertes zurückgegangen. Da das englische Geld heute auch nur höchstens die Hälfte seiner früheren Kaufkraft besitzt, so müßte von Rechts wegen in Oesterreich alles zehn- bis zwölffach so teuer sein wie früher. Statt dessen aber zahlte man dem Bauern bis vor kurzem nur das Dreifache dessen, was er im Frieden bekam.

Solange die staatliche Zwangswirtschaft besteht, ist nicht daran zu denken, daß den Produzenten jemals die wirtschaftlich richtigen Preise bewilligt werden, geschweige denn Preise, welche einen Anreiz zu erhöhter Produktion bieten. Bei aller Achtung vor der mühevollen Tätigkeit derjenigen Beamenschaft, die im Dienste der staatlichen Wirtschaft steht, ist es ganz ausgeschlossen, daß eben diese Beamenschaft die Verantwortung für die Erstellung der richtigen Preise übernehmen könne. Die richtigen Preise werden hohe sein, und wer soll heute die ungeheure Verantwortung für hohe Preise übernehmen? Abgesehen davon, daß es unmöglich ist, für ein Amt mit seiner umständlichen Arbeitsmethode und mit seiner Stellung abseits und isoliert vom eigentlichen Wirtschaftsleben die richtigen Preise für einzelne Artikel und die Preisrelation zu ermitteln.

Bedauerlich ist es, daß heute bei der ungeheuren Not die Frage „Staatliche Bewirtschaftung oder freie Wirtschaft?“ in vielen Fällen zur Parteifrage gemacht wird. Wenn das Volk nicht gänzlich verhungern will, so muß diese Frage gelöst werden, ganz unabhängig von irgendeinem politischen Parteiprogramm. Gerade denjenigen, welchen eine vernünftige Sozialisierung am Herzen liegt, eine Sozialisierung, bei der der Angestellte und Arbeiter nicht nur formell mitzusprechen hat, sondern auch im höheren Maße als bisher die Früchte seiner Arbeit genießen kann, muß klar sein, daß zuerst die Produktion mit allen Mitteln zu heben ist. Dies kann niemals durch die Zwangswirtschaft, sondern nur im Wege der freien Wirtschaft geschehen.

Die künftige freie Wirtschaft wird nicht jene sein, wie sie in Friedenszeiten bestanden hat; sie hat nichts zu tun mit schrankenloser Willkür, sondern wird beherrscht und geregelt durch Gesetze, die ein Ausfluß der großen sozialen Ideen sind, welche heute die ganze Welt bewegen und durchbringen.

Julius Meinl